

PROTOKOLL

2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Montag, 23. Januar 2017,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 15.00 Uhr
Ende 16.20 Uhr

A	<u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>		
	Ratsherr Hauptstein als Vorsitzender	-	AfD-Fraktion
	(Herr aus der Fünften)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Ratsherr Bindert)	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Ratsherr Bingemer)	-	FDP-Fraktion
	(Herr Boes)	-	Diakonisches Werk Hannover
	(Ratsherr Borstelmann)	-	CDU-Fraktion
	Ratsfrau Dr. Carl	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Döring	-	FDP-Fraktion
	Herr Duckstein	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Herr Dymala)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Ratsherr Finck	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Gamoori	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Gast	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Ratsherr Gill)	-	SPD-Fraktion
	Frau Karch	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Ratsherr Klapproth	-	CDU-Fraktion
	(Ratsfrau Klebe-Politze)	-	SPD-Fraktion
	(Herr Müller-Brandes)	-	Diakonisches Werk Hannover
	(Frau Pietsch)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.

	Ratsherr Pohl	-	CDU-Fraktion
	Herr Riechel-Rabe	-	DRK Region Hannover e. V.
	(Herr Steimann)	-	Der Paritätische Hannover
	Herr Teuber	-	Arbeiterwohlfahrt, Region Hannover e. V.
	Frau Wermke	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Ratsherr Dr. Wichardt)	-	AfD-Fraktion
	Frau Wilke	-	Caritas
	(Beigeordnete Zaman)	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Zingler	-	Die Linke und Piraten
B	<u>Grundmandat</u>		
	(Ratsherr Böning)	-	Die Hannoveraner
	Ratsherr Förste	-	Die Fraktion
C	<u>Beratende Mitglieder</u>		
	Herr Bergen	-	Vertreter der evangelischen Kirche
	Frau Bloch	-	Vertreterin der katholischen Kirche
	Frau Broßat-Warschun	-	Leiterin des Fachbereichs Jugend und Familie
	(Frau David)	-	Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch von Mädchen (Violetta)
	(Herr Jantz)	-	Beratungsstelle mannigfaltig
	(Frau Panafidina)	-	Vertreterin der Jüdischen Gemeinde
	Herr Rohde	-	Stadtjugendpfleger
	Herr Rozin	-	Vertreter Kita-Stadtelternrat
	Frau Schnieder	-	Vertreterin der Kinderladen-Initiative Hannover e. V.
	Frau Schürmann	-	Sozialarbeiterin
	(Frau Wessels)	-	Richterin
	Herr Widera	-	Vertreter des Humanistischen Verbandes Nds.

	Frau Wittenberg	-	Lehrerin
D	<u>Presse</u>		
	Frau Rinas	-	Hannoversche Allgemeine Zeitung
E	<u>Verwaltung</u>		
	Frau Brehmer	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kommunalen Sozialdienst
	Frau Deppe-Lorenz	-	Fachbereich Gebäudemanagement, Bereich Bauen 1, Technisches Gebäudemanagement
	Herr Dienst	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
	Frau Emmerich-Jüttner	-	Dez. IV
	Frau Frerking	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
	Frau Frischen	-	Fachbereich Jugend und Familie Bereich Kommunalen Sozialdienst
	Frau Klinschpahn-Beil	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
	Frau Krüger	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
	Herr Kunze	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kommunalen Sozialdienst
	Herr Maschke	-	Fachbereich Jugend und Familie Bereich Heimverbund
	Herr Mevissen	.	Fachbereich Jugend und Familie Bereich Kindertagesstätten
	Herr Möser	-	Büro Oberbürgermeister, Presseinformation und Öffentlichkeitsarbeit
	Herr Rauhaus	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
	Frau Rawe	-	Agenda 21 und Nachhaltigkeitsbüro
	Frau Rzycki	-	Jugend-, Familien- und Bildungsdezernentin
	Frau Schonauer	-	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Bereich Stadterneuerung und Wohnen
	Herr Sieben	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
	Frau Teschner	-	Fachbereich Jugend und Familie, Koordination Jugendhilfeplanung

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE
3. Nominierung Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2016 – Hannover auf dem Weg zur Nachhaltigkeit
(Informationsdrucks. Nr. 2620/2016 N1 mit 1 Anlage)
4. Sanierungssatzung Mühlenberg
(Drucks. Nr. 2173/2016 N1 mit 1 Anlage)
5. Fortführung und Zusammensetzung
der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung 2016 – 2021
(Drucks. Nr. 0051/2017 mit 1 Anlage)
6. Standortbestimmung und Einführung eines Pool-Verfahrens zur Ausstattung
von Schulen mit Schulsozialarbeit durch den Kommunalen Sozialdienst
(Drucks. Nr. 0085/2017 mit 3 Anlagen)
7. Umstrukturierung einer Hortgruppe zu einer altersübergreifenden Gruppe mit
Einzelintegration in der Kita "Große Haie"
(Drucks. Nr. 2375/2016)
8. Fortsetzung des niedrigschwelligen Angebotes für Mütter und Väter und
deren Kinder zur sozialen und integrativen Unterstützung (genannt
Elterncafé) in Trägerschaft der AWO Region Hannover e.V. in der
Flüchtlingsunterkunft Munzeler Str. 25.
(Drucks. Nr. 2633/2016 N1 mit 2 Anlagen)
9. Kinderbetreuung während der Teilnahme an Integrationskursen von der
Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.
(Drucks. Nr. 0003/2017 mit 3 Anlagen)
10. Programm: „Hannoversche Kindertagesstätten
auf dem Weg zur Inklusion“
(Drucks. Nr. 0006/2017 mit 1 Anlage)
11. Übernahme der Personalkosten für die Vertretungskosten des
pädagogischen Personals im Gruppendienst für die städtischen
Kindertagesstätten in Betriebsführung der Verbände der Freien
Wohlfahrtspflege (BKE) und für die Kleinen Kindertagesstätten und
Kinderläden
(Drucks. Nr. 0037/2017)
12. Sachstand zur Einführung eines zentralen Anmeldeverfahrens zur
Kindertagesbetreuung in der Stadt Hannover
(Informationsdrucks. Nr. 0073/2017)

13. Beirat zur Förderung von Jugendkulturen – Nachbenennung von Beiratsmitgliedern
(Drucks. Nr. 2635/2016 N1)
 14. Trägerschaft und Betrieb Seilgarten Hannover
(Drucks. Nr. 0083/2017)
 15. Bericht der Dezernentin
- II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL
16. Neubau einer 3-zügigen Grundschule und einer 5-Gruppen-Kindertagesstätte auf dem Grundstück Am Welfenplatz 3
(Drucks. Nr. 0047/2017 mit 5 Anlagen)

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Hauptstein eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Ratsherr Gast zog Tagesordnungspunkt 14, Trägerschaft und Betrieb Seilgarten Hannover, und **Ratsherr Finck** Tagesordnungspunkt 11, Übernahme der Personalkosten für die Vertretungskosten des pädagogischen Personals im Gruppendienst für die städtischen Kindertagesstätten in Betriebsführung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (BKE) und für die Kleinen Kindertagesstätten und Kinderläden, in die Fraktionen.

Der Jugendhilfeausschuss genehmigte daraufhin einstimmig die Tagesordnung in der von Ratsherrn Hauptstein vorgetragenen Fassung.

Tagesordnungspunkt 2

EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE

- Keine Fragen -

Tagesordnungspunkt 3

Nominierung Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2016 – Hannover auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

Der Kontext zum Nachhaltigkeitspreis und zur Nominierung wurde von **Frau Rzycki** kurz dargestellt. **Frau Rzycki** ergänzte, dass man sich aus dem Jugendbereich mit den Themen „Jugendgerechte Kommune“ und „Familiendialog“ zur Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover beworben habe.

Ratsherr Hauptstein stellte daraufhin fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 2620/2016 N1 mit 1 Anlage zur Kenntnis genommen habe.

Tagesordnungspunkt 4

Sanierungssatzung Mühlenberg

Herr Teuber fragte nach, ob nur über die Sanierungssatzung die Möglichkeit der Eingrenzung geben sei, wenn dort Wettannahmestellen/Wettbüros aufgemacht würden oder ob dies nicht auch über eine normale Baunutzungsänderung möglich gewesen wäre.

Frau Schonauer antwortete, dass es sich in diesem Falle um kleine Wettannahmestellen handele und man sich mit einem neuen Problem konfrontiert sehe. Würde man diese über einen Bebauungsplan ausschließen wollen, würden hierunter auch kleine Zeitschriftenläden, die eine Lotto/Toto-Annahmestellen hätten, fallen. Man habe gute Erfahrungen gemacht, dass man Spielhallen über einen Textbebauungsplan ausschließen könne. Aber diese besondere Form, mit der man mehrfach konfrontiert werde, könne man nicht fassen. Man werde versuchen, diese Entwicklung über den Genehmigungsvorbehalt, den man nach dem Sanierungsrecht anwenden könne, zu unterbinden.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung:

1. die als Anlage beigefügte Satzung der Landeshauptstadt Hannover über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Mühlenberg zu beschließen,
2. zu beschließen, die Sanierung in Mühlenberg bis zum 31.12.2025 durchzuführen.

In die Kommission Sanierung Soziale Stadt Mühlenberg
In den Stadtbezirksrat Ricklingen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Sozialausschuss
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
(Drucks. Nr. 2173/2016 N1 mit 1 Anlage)

Tagesordnungspunkt 5

Fortführung und Zusammensetzung der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung 2016 – 2021

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige
Beschlussempfehlung:
die Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung auch
in der Wahlperiode 2016 - 2021 fortzuführen.

(Drucks. Nr. 0051/2017 mit 1 Anlage)

Tagesordnungspunkt 6

Standortbestimmung und Einführung eines Pool-Verfahrens zur Ausstattung von Schulen mit Schulsozialarbeit durch den Kommunalen Sozialdienst

Frau Broßat-Warschun berichtete, dass vor einiger Zeit ein Grundkonzept zum Thema Schulsozialarbeit an hannoverschen Schulen und den Kriterien nach denen Schulsozialarbeit in verschiedenen Schulformen installiert werden sollte, vorgelegt wurde. Man habe in den Jahren festgestellt, dass es u.a. aufgrund der Entwicklung der Förderschulen und auch der größeren Zahl von Flüchtlingskindern zu veränderten Bedarfen an einzelnen Schulen gekommen sei. Entsprechend habe es auch Veränderungen beim Einsatz von SchulsozialarbeiterInnen gegeben. Die Änderungen habe der Jugendhilfeausschuss jeweils beschlossen. Dieses Verfahren bedeute aber einen erheblichen zeitlichen Vorlauf. Zukünftig solle die Möglichkeit bestehen, auf veränderte Situationen auch kurzfristiger mit einem veränderten Einsatz von Schulsozialarbeit an den Schulen reagieren zu können.

Frau Rzycki ergänzte, dass sich das Land entschieden habe, Schulsozialarbeit als Landesaufgabe anzuerkennen und sukzessive Schulen mit Schulsozialarbeit auszustatten, was aber nicht immer in Abstimmung mit der Kommune geschehen könne. Der Jugendhilfeausschuss werde gebeten dieser Drucksache zuzustimmen, um im Rahmen des Budgets flexibler handeln zu können.

Ratsherr Klapproth begrüßte die Drucksache, hätte sich jedoch eine klarere Darstellung des Antragstextes gewünscht.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige
Beschlussempfehlung:
die Verwaltung zu beauftragen, künftig bedarfsgerecht
und
flexibel auf die Veränderungen in der Schullandschaft
zu
reagieren.

In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)
(Drucks. Nr. 0085/2017 mit 3 Anlagen)

Tagesordnungspunkt 7

Umstrukturierung einer Hortgruppe zu einer altersübergreifenden Gruppe mit Einzelintegration in der Kita "Große Haie"

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige
Beschlussempfehlung:
eine Hortgruppe der Kindertagesstätte „Große Haie“,
Hildesheimer Str. 54, 30169 Hannover mit 20
Hortplätzen in eine altersübergreifende Gruppe mit 9
Hortkindern und 10 Kindergartenkindern sowie einer
Einzelintegration umzustrukturieren und

dem Elternverein „Krabbe-I-ino e.V. Pädagogik für
kleine und große Kinder“ als Träger der Einrichtung
rückwirkend ab dem 01.08.2016, spätestens ab
Erteilung der Betriebserlaubnis, laufende Beihilfen auf
der Grundlage der DS Nr. 2735/1997 "Förderung von
Integrationsgruppen und Kindergruppen mit
Einzelintegration - gemäß Anlage 2" und die laufende
Förderung entsprechend der Richtlinie über die
Förderungsvoraussetzungen und Förderungsbeträge
für Kindertagesstätten in Trägerschaft von
gemeinnützig anerkannten Vereinen zu gewähren.

In den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult
In den Verwaltungsausschuss
(Drucks. Nr. 2375/2016)

Tagesordnungspunkt 8

Fortsetzung des niedrigschwelligen Angebotes für Mütter und Väter und deren Kinder zur sozialen und integrativen Unterstützung (genannt Elterncafé) in Trägerschaft der AWO Region Hannover e.V. in der Flüchtlingsunterkunft Munzeler Str. 25.

Herr Teuber nahm an der Diskussion und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Ratsherr Hauptstein fragte nach, wie viele Eltern das Angebot des Elterncafés annehmen würden und ob der Stadt bekannt sei, welchen Aufenthaltsstatus diese Eltern hätten, die vom Angebot profitierten, da es hiervon abhänge, ob man Personen integriere oder nicht.

Herr Rauhaus antwortete, dass alle Eltern am Elterncafé teilnehmen würden und der Aufenthaltsstatus in Klärung sei oder geklärt sei und die geeigneten dauerhaften Wohnmöglichkeiten noch nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt zur Verfügung stünden.

Ratsherr Gast merkte an, dass es nicht davon abhänge, welchen Anerkennungsstatus die Eltern eines Kindes hätten. *Es mache Sinn*, sie zu integrieren, da man den späteren Status nicht vorhersehen könne.

(Änderung bei Genehmigung am 27.02.2017: Ratsherr Gast bat darum, das Wort "und" in seinem Zitat zu streichen.)

Ratsherr Finck dankte der AWO und brachte zum Ausdruck, wie wichtig es sei, in diesen Einrichtungen die Integration voranzutreiben.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung:
das niedrigschwellige Angebot für Mütter und Väter und deren Kinder zur sozialen und integrativen Unterstützung (genannt Elterncafé) in Trägerschaft der AWO Region Hannover e.V. in der Flüchtlingsunterkunft Munzeler Str. 25 für weitere zwei Jahre vom 01.01.2016 – 31.12.2018 fortzusetzen und eine Zuwendung in der Höhe von jährlich bis zu 29.284 € zu gewähren

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)
(Drucks. Nr. 2633/2016 N1 mit 2 Anlagen)

Tagesordnungspunkt 9

Kinderbetreuung während der Teilnahme an Integrationskursen von der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V.

Herr Teuber nahm an der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Ratsherr Döring bat die Verwaltung sicherzustellen, dass es zu keiner Doppelförderung komme, sobald das Land die Finanzierung wieder übernehme.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:
der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e. V. eine
Zuwendung für die Zeit vom 01.01.2017 – 31.12.2018 -
zunächst für das Jahr 2017 in Höhe von 80.597 € - für
zwei Betreuungspersonen (Sozialassistent/-in) und zwei
AGH-Kräfte (1 Euro Job), inklusive Sach- und
Overheadkosten für die Durchführung von jeweils einer
Kinderbetreuung vormittags und nachmittags für die
Integrationskurse zu gewähren und damit die
Maßnahme aus dem Jahr 2016 fortzusetzen (DS
0014/2016 N1).

In den Verwaltungsausschuss
An den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
(zur Kenntnis)
(Drucks. Nr. 0003/2017 mit 3 Anlagen)

Herr Teuber bedankte sich bei der Landeshauptstadt Hannover. Da *der Bund* die Finanzierung der Betreuungszeiten für Kinder gekürzt habe, sei die Stadt Hannover eingesprungen. *Der Bund* werde demnächst wieder die Finanzierung der Kinderbetreuung aufnehmen und man werde sich dann mit der Stadt abstimmen, damit keine Doppelfinanzierung entstehe und den Antrag an *den Bund* wieder stellen.
(*Änderung bei Genehmigung am 27.02.2017: Herr Teuber bat darum, auf Seite 9 unter Tagesordnungspunkt 9 bei seiner Äußerung, dass das Land die Finanzierung der Betreuungszeiten gekürzt habe und demnächst wieder die Finanzierung aufnehmen werde, das Land richtigstellend durch den Bund zu ersetzen.*)

Tagesordnungspunkt 10

Programm: „Hannoversche Kindertagesstätten auf dem Weg zur Inklusion“

Herr Rauhaus berichtete, dass man das Thema Inklusion größer denken und den Fokus darauf lenken möchte, da es eine Vielzahl von Kindern gebe, die einen Unterstützungs- bzw. Förderbedarf hätten und man dies nicht exklusiv, sondern inklusiv betrachten möchte. Es handele sich um ein Konzept, welches Kindertageseinrichtungen, die noch nicht integrativ arbeiteten, in den Stand versetzen solle, die konzeptionelle Ausrichtung zu erweitern. Es solle nicht die Integration ablösen, sondern eine inhaltliche Erweiterung sein. Man wolle es so angehen, wie das Projekt Familienzentrum. **Herr Rauhaus** wies darauf hin, dass es eine personelle Unterstützung gebe, die trägerübergreifend entwickelt wurde und ebenso ein gemeinsames Fortbildungsprogramm aufgesetzt werden solle. Es gehe im Wesentlichen um eine Haltungsänderung, eine konzeptionelle Erweiterung, um mehr Fachverstand und die Multiprofessionalität in einem Kindertagesstättenteam. **Herr Rauhaus** äußerte den Traum, dass es einmal in jeder Kindertagesstätte eine heilpädagogische Fachkraft geben solle; man fange mit ausgewählten Kindertagesstätten an.

Frau Rzyski ergänzte, dass sich Hannover landesweit in eine Vorreiterrolle begeben würde und das Thema Inklusion sehr weit fasse.

Ratsherr Gast äußerte den Wunsch, dass im Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit zu

den ersten Erfahrungen berichtet werden solle. Auf die Frage von **Ratsherr Gast**, ob im Kontext des Programms eine Antragstellung auf Fördermittel geplant sei, erklärte **Frau Rzycki**, dass man am Programm Inklusion durch Enkulturation teilnehme und man Fördermittel beantragt und auch den Zuschlag bekommen habe, wobei sich dieses Thema auf einen anderen Bereich beziehe als hier definiert sei.

Nachdem **Ratsherr Klapproth** geäußerte hatte, dass auch seine Fraktion den Antrag unterstützen werde, erklärte **Herr Teuber**, dass auch die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege diesen Antrag unterstützen werde und damit Inklusion nicht allein auf die Behindertenhilfe reduziert werde.

Herr Rozin begrüßte auch für den Kita-Stadt Elternrat die Initiative der Stadt sehr. Auf die Verständnisfrage von **Herrn Rozin** zur Bedeutung des Begriffs CD, antwortete **Herr Rauhaus**, dass es sich wie angenommen um die Idee eines gemeinsamen Corporate Designs handele, wie es auch für ein einheitliches Auftreten bei den Familienzentren Sorge.

Auf die Frage von **Herr Hauptstein**, ob mittel- oder langfristig geplant sei, Sach- und Personalmittel aus speziellen Fördereinrichtungen im Kindergartenbereich abzuziehen, entgegnete **Frau Rzycki**, dass dies nicht beabsichtigt sei.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgende Beschlussempfehlung: das beigefügte Konzept Programm: „Hannoversche Kindertagesstätten auf dem Weg zur Inklusion“ zu beschließen.

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
(Drucks. Nr. 0006/2017 mit 1 Anlage)

Tagesordnungspunkt 11

Übernahme der Personalkosten für die Vertretungskosten des pädagogischen Personals im Gruppendienst für die städtischen Kindertagesstätten in Betriebsführung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (BKE) und für die Kleinen Kindertagesstätten und Kinderläden

- Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen -

Tagesordnungspunkt 12

Sachstand zur Einführung eines zentralen Anmeldeverfahrens zur Kindertagesbetreuung in der Stadt Hannover

Frau Broßat-Warschun gab eine kurze Einführung zum Sachstand zur Einführung eines zentralen Anmeldeverfahrens zur Kindertagesbetreuung in der Stadt Hannover. Sie wies darauf hin, dass Informationen zur vorangegangenen Ausschreibung und geplanten Umsetzung der vorliegenden Informationsdrucksache entnommen werden können.

Ratsherr Gast bat darum, dem Jugendhilfeausschuss demnächst im Rahmen einer Präsentation einen Einblick in das ausgewählte System zu geben.

Ratsherr Pohl wies auf die lange Umsetzungszeit seit 2012 hin und fragte nach, ob der Vertragsabschluss noch nicht erfolgt sei und falls ja, warum man sich mit den freien Trägern nicht jetzt zusammensetze, um eine Inbetriebnahme schon Mitte dieses Jahres und nicht erst kommenden Jahres zu verwirklichen. **Ratsherr Pohl** bemängelte den Zeitverzug und äußerte weiterhin, dass er sich eine schnellere Umsetzung gewünscht hätte.

Frau Broßat-Warschun äußerte, dass auch sie sich eine schnellere Umsetzung gewünscht hätte. Die Optimierung des Anmeldeverfahrens erfordere die Beschaffung einer Software, die aufgrund des zu erwartenden Auftragswertes europaweit ausgeschrieben werden musste. In Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe seien notwendige Inhalte und Anforderungen an ein entsprechendes Programm erarbeitet worden. Nach Ausschreibung und Prüfung der Angebote erhielt die genannte Firma den Zuschlag. Gemeinsam mit der Firma und den freien Trägern werde nun die Implementierung des Verfahrens beginnen. Da man Verfahrensabläufe einhalten müsse und aufgrund der Trägervielfalt Hannovers mit unterschiedlichen Größen und Interessen konfrontiert sei, erschwere dies eine schnelle Umsetzung.

Frau Rzycki merkte hierzu ebenfalls an, dass es in Hannover eine sehr große Trägervielfalt gebe. Der hohe Kommunikationsaufwand sowie die Überzeugungsarbeit bei den Trägern mit allen Vorbehalten und Ängsten und den sich daraus ergebenden Veränderungen in den Einrichtungen betreffend der Anmelde-, Aufnahme- und Vergabeverfahren bis hin zur Betreuung des Systems, habe viel Zeit in Anspruch genommen.

Nachdem **Herr Mevissen** kurz zum Verfahren berichtet hatte, begrüßte auch **Ratsfrau Dr. Carl** für ihre Fraktion die Einführung dieses Systems und unterstützte den Vorschlag von **Ratsherrn Gast** einer Präsentation des Systems im Jugendhilfeausschuss.

Ratsherr Hauptstein stellte daraufhin fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 0073/2017 mit 1 Anlage zur Kenntnis genommen habe.

Tagesordnungspunkt 13

Beirat zur Förderung von Jugendkulturen – Nachbenennung von Beiratsmitgliedern

Frau Broßat-Warschun gab einen Einblick in die Hintergründe dieser Drucksache.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgende Beschlussempfehlung: der Nachbenennung zuzustimmen,

- Moritz Griebler
- Vivien Roediger
- Fatbardh Shala

in den Beirat zur Förderung von Jugendkulturen aufzunehmen.

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
(Drucks. Nr. 2635/2016 N1)

Tagesordnungspunkt 14

Trägerschaft und Betrieb Seilgarten Hannover

- Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen -

Tagesordnungspunkt 15

Bericht der Dezernentin

Frau Rzyski berichtete über die Fertigstellung der Dokumentation des gemeinsamen Fachtages zum Thema Grundschulkinderoffensive mit Auszügen aus den Fachvorträgen und den Ergebnissen der Arbeitsgruppen. Die Dokumentation wurde an die Ausschussmitglieder verteilt. Ferner wies sie auf die am 23.01.2017 stattfindende Veranstaltung in der Volkshochschule „Keine Entscheidung fürs Leben“ hin, die Eltern berate, wie der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule gelingen könne.

Frau Rzyski stellte danach das neue Informationsmaterial vor, welches sich an Kinder und Jugendliche richte, wenn sie von häuslicher Gewalt betroffen seien.

Ratsherr Pohl merkte an, dass es für betroffene Jugendliche sicherlich schwer sei, auch zufällig in Kontakt mit dem Flyer zu kommen und fragte hierzu nach, ob es nicht wahrscheinlicher sei, dass dies online gesucht würde und ob die Informationen des Flyers auch online verfügbar und schnell zu finden seien.

Frau Rzyski bejahte dies und führte weiter aus, dass die Wege auf denen Jugendliche Hilfe suchen würden oder auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht würden, sehr unterschiedlich seien. Die Informationsmaterialien würden in allen Einrichtungen ausliegen, die Kinder- und Jugendliche besuchen, sowohl in Schulen als auch an öffentlichen Orten, die keine originären Jugendeinrichtungen seien, wie die Stadtbibliotheken. Man wisse, dass Jugendliche auf verschiedene Art und Weise angesprochen werden müssten, wobei das Internet ein Weg sei. Dieser Flyer wende sich auch Erwachsene und an Menschen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und solle informieren, wohin sich die Betroffenen wenden können, wenn sie nicht direkt Kontakt mit dem Jugendamt aufnehmen wollen und sich erst einmal anonym beraten lassen möchten.

Ratsherr Finck würde es begrüßen, wenn der Flyer im Kommunalen Präventionsrat vorgestellt und darüber auch Kontakt zur Polizeidirektion Hannover und den Beauftragten für Jugendangelegenheiten aufgenommen würde und diese Informationen entsprechend multipliziert würden.

Herr Kunze wies darauf hin, dass der Kommunale Sozialdienst allen Mitteilungen zum Thema häuslicher Gewalt, die die Polizei an den Fachbereich Jugend und Familie schicke, nachginge. In allen Einzelfällen fänden Hausbesuche statt. Es fänden zugleich Gespräche sowohl mit den Eltern als auch mit den Kindern im Hinblick auf die Sensibilisierung zum Thema „Was bedeutet das Erleben von gewalttätigen Situationen für Kinder“ als auch die Frage des Schutzes und wie man Kinder und Jugendliche stützen und stärken könne mit diesen Situationen umzugehen, statt. Der Flyer für die Profis werde ebenfalls überarbeitet.

Daraufhin schloss **Ratsherr Hauptstein** den öffentlichen Teil der Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

(Rzyski)
Stadträtin

(Fritz)
für das Protokoll